

# CANCEL CULTURE – SCHWINGT DAS PENDEL ZURÜCK? | VON RAINER RUPP (PODCAST)

*Posted on 5. Februar 2021*

### Ein Kommentar von Rainer Rupp.

*„Es ist jetzt so weit gekommen, dass Du entweder mit oder gegen uns bist. Und wenn Du gegen uns bist, verdienst Du "gecancelt“ zu werden. Was wir jetzt haben, ist das digitale Äquivalent des mittelalterlichen Mobs, der durch die Straßen vagabundierte und Leute für den Scheiterhaufen suchte. Für jeden, der dem Mob zum Opfer fällt, ist das schreckenserregend und ich habe Angst für die Zukunft.“*

Das Zitat stammt von dem bekannten britische Schauspieler Rowan Atkinson (Mr. Bean) vom 5. Januar dieses Jahres in The Daily Mail (1).

„Cancel Culture“ ist nicht nur ein Unwort, das in politischen und gesellschaftlichen Debatten häufig zu hören ist, sondern auch eine hinterhältige Methode, die inzwischen flächendeckend praktiziert wird, um Leute mit nicht Elite-konformen Meinungen aus dem öffentlichen Raum, bzw. aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verbannen. Das englische Verb „cancel“ kann als kündigen, sperren, absagen, annullieren, löschen übersetzt werden. Und all das gehört inzwischen zum Alltag unserer „Cancel Un-Kultur“ in Bezug auf politisch nicht konforme Wissenschaftler, Politiker, Journalisten und Künstler, nämlich die Kündigung von Veranstaltungen oder Verträgen, das Absagen von Interviews oder die inoffiziell abgestimmten Auftrittsverbote z.B. bei TV-Talkshows.

So dürfte z.B. jedem aufmerksamen Zuschauer der Nachrichtensendungen der Öffentlich-Rechtlichen aufgefallen sein, dass es in deren endloser Corona-Horror-Show keine Gegenstimmen gibt. Nicht konforme aber international renommierte, deutsche Wissenschaftler sind einfach „gecancelt“ worden. Es gibt keine Alternativen mehr zu der herrschenden Meinung der Eliten und deren Exekutiv-Organ, die Bundesregierung. Dabei ist es egal, ob es gerade um Corona geht, um Trump oder Biden, über den Genderwahnsinn, die EU und ihre Geldpolitik, Nawalny und die bösen Russen oder um den neuen „Grünen Great Reset“ zur De-Industrialisierung unseres Landes und der daraus folgenden Gürtel-enger-schnallen-Politik für die Zeit nach Corona.

Für die Freiheit der eigenen Meinungsäußerung und deren Verbreitung und somit für das gesellschaftliche Zusammenleben ist diese Cancel-Un-Kultur selbst zu einem tödlichen Virus geworden. Dieser Killervirus kommt allerdings in der Verkleidung höchster moralischer Ansprüche daher, denn er gibt sich anti-rassistisch und anti-faschistisch und gegen die Herrschaft der „alten weißen Männer“ und für 53 verschiedene Gender und auch für Greta. Deshalb unterstützt die linke „Cancel Un-Kultur“ auch vorbehaltlos die „Black Lives Matter“ und die „antifa“ Bewegungen, die zwar ständig Tugendhaftigkeit in alle Richtungen signalisieren, aber selbst extrem gewalttätig sind. Kein Wunder, dass angesichts von so viel selbstgerechter Heuchelei die Gesellschaften in Europa und den USA immer stärker auseinander driften.

Der die Gesellschaft tötende Cancel-Virus ist in der Brühe entstanden, die von grünen und marginalen selbsternannten, linken Gruppen in realitätsfernen Wolkenkuckucksheimen zusammengeschüttelt wurde. Diese in den „sozialen Medien“ besonders lautstarken Gruppen sehen ihre Lebensaufgabe anscheinend darin, von der großen Mehrheit der Gesellschaft Toleranz für ihre eigenen Meinungen und für ihre oft abenteuerlichen Vorhaben zu fordern, während sie zugleich andere Meinungen als rechtsradikal, rassistisch oder gar faschistisch denunzieren und unter geschickter Nutzung der „sozialen Medien“ sogar verbieten wollen. Als selbsternannte Antifaschisten nehmen sie sich dann auch noch das Recht heraus, gewalttätig gegen Andersdenkende vorzugehen, wie z.B. gegen Demonstrationen der Querdenker.

### **Linke Cancel-Chaoten nützliche Idioten der deutschen Eliten.**

Statt die Handlungen der neo-liberalen, auf Kriege an der Seite der USA eingeschworene Bundesregierung kritisch zu hinterfragen, prügeln diese „Linken“ von „antifa“ und Co auf die einzige noch verbliebene außerparlamentarische Opposition ein. Objektiv werden damit diese „Linken“ zu Schlägertrupps ausgerechnet für die Mächte, die hinter der Merkel-Regierung stehen. Dabei finden „antifa“ und Co auch noch die Unterstützung eines großen Teils der Berufspolitiker der LINKEN.

Solange diese angeblich progressiven, grün-roten Cancel-Chaoten der Politik der deutschen Eliten als nützliche Idioten gegen die Opposition dienen, lassen die staatlichen Behörden sie gewähren. Dadurch konnten sie weitgehend unangefochten die Meinungsführerschaft in den so genannten „progressiven“

Chat-Räumen der „sozialen Medien“ erobern und bis jetzt behalten. Das hat zu einer epidemieartigen Ausbreitung des Cancel-Virus in den „Sozialen Medien“ geführt. Das Resultat war der Sieg der „politisch korrekten Gesinnung“ über kritisches, rationales Denken. Heute sind es nicht mehr die besseren Argumente, die zählen, sondern die zur Schau gestellte, eigene Tugendhaftigkeit und Moralvorstellung. Da zunehmend alternative Argumente sofort gecancelt werden, werden sie auch nicht mehr wahrgenommen und somit gibt es zu der vorherrschenden Irrationalität kein Gegengewicht mehr.

In den Anfangszeiten des Cancel-Mobs genügte es, wenn eine Person, mit deren Meinung man nicht übereinstimmte, aus dem „Freundeskreis“ der „sozialen Medien“ entfernt wurde. Aber schon bald reichte das der grünen und links-liberalen Gedankenpolizei nicht mehr. Im Internet wurden so genannte „Shit-Stürme“ entfacht, in denen Personen, die nach Ansicht der selbst ernannten Zensoren nicht die richtige Gesinnung hatten, als Rassisten, Rechte, Antisemiten, Verschwörungstheoretiker oder gar Faschisten denunziert wurden. Deshalb wurden Universitäten, Eventmanager, TV-Organisatoren, etc. ultimativ aufgefordert, diesen schlechten Menschen keine Möglichkeit zur Verbreitung ihres bösen Gedankenguts zu geben.

Mit entsprechenden Verboten und Boykotts wurden so reihenweise Menschen aus der öffentlichen Wahrnehmung gelöscht. Die Lynch-Opfer dieses links-grünen Cancel-Mobs hatten den Verlust an Ansehen, Arbeitsplatz und Einkommen zu beklagen. Von den „Links-Chaoten“ wurde diese Entwicklung allerdings als Beweis für die Demokratisierung des Internets gelobt. Ein aktuelles Beispiel für diese Denkweise bietet die linke britische Labour Partei, die im Parlament [ein Gesetz fordert \(2\)](#), um Publikationen, die auf ungeklärte Fragen über mögliche Langzeitgefahren der Wirkstoffe der aktuellen Covid-Impfkampagne hinweisen, bei hohen Geld und Haftstrafen verbieten.

### **Jobverlust wegen Nutzung eines zensur-freien Mediums**

Inzwischen ist die Cancel-Hysterie sogar noch einen Schritt weiter gegangen, denn auf den Inhalt einer Nachricht kommt es gar nicht mehr an, sondern es genügt, dass man ein Zensurfrees, soziales Medium wie „parler“ benutzt, um gecancelt zu werden und seinen Job zu verlieren. Hier etwas zur Vorgeschichte:

Nachdem Twitter und andere soziale Medien kurz vor der Amtsübergabe letzten Monat nicht nur die Konten von Donald Trump, sondern auch von Hunderten anderer Republikanischer Politiker und Publizisten gecancelt hatten, waren die samt einem großen Teil ihrer Millionen Anhänger auf das alternative, zensurfreie soziale Medium „parler“ umgestiegen, das seinen Server bei Amazon hatte. Aber bereits nach wenigen Tagen zensierte Amazon „parler“ und löschte es von seinem Server, angeblich weil es rechtslastig war.

Laut einem [Bericht des britischen Mediums „spiked“](#) (aufgespießt) genügte der politisch korrekten „Jennifer De Chiara Literaturagentur“ die Nutzung des angeblich rechtslastigen „parler“ Mediums durch eine ihrer Literarturagentinnen, Frau Colleen Oefelein, um ihr den Job zu kündigen (3). Zuvor hatten eifrige, progressive Gedankenpolizisten wegen Frau Oefelins „parler“-Nutzung einen Shit-Storm gegen die Literaturagentur losgetreten und ihre Kündigung verlangt.

Der Chef der Literaturagentur ist dieser Forderung des Internet-Lynchmobs ohne Umschweife nachgekommen. Zugleich hat er sich in einer Erklärung entschuldigt und die progressive Tugendhaftigkeit und Moral seines Hauses signalisiert, indem er u.a. betonte, dass die „Jennifer De Chiara Literary Agency“ weiterhin eine „Stimme der Einheit und Gleichheit an der Seite der sozialen Gerechtigkeit sein wird.“

Aber jetzt zeigt sich, dass die Cancel-Un-Kultur auch für die „progressive“ Linke ein zweischneidiges Schwert ist. So hat am 22. Januar dieses Jahres die britische „sozialistische Arbeiterpartei“ von Facebook ebenfalls eine [kräftige Dosis](#) der Cancel-Medizin verabreicht bekommen (4), mit der das Internet von extremistischen Meinungen gesäubert und für die Eliten marktkonform gemacht werden soll. Wenige Tage später fing dann die Löschung „progressiver“ Facebook-Konten in den USA an. Es begann mit der [Entfernung der Homepage](#) der "Internationalen Jugend und Studenten für Soziale Gleichheit an der University of Michigan (5). Seither wurden noch weitere Face-Konten im Umfeld linker Organisationen wie der „Struggle La Lucha“ und der US-„Socialist Unity Party“ gecanceled. Und das ist wahrscheinlich nur der Anfang, denn nun, wo Biden Präsident ist, braucht man die „linken“ anti-Trump-Chaoten nicht mehr, um Stimmen für die Demokraten zu mobilisieren.

Ausgerechnet die „progressiven“ Aktivisten, die vor Freude gejoht hatten, als Trump und seine Anhänger von den großen „sozialen“ Medien gelöscht wurden, heulen nun auf, und fordern Meinungsfreiheit, denn sie sind ja die Guten und Tugendhaften. Aber auf Hilfe aus dem neo-liberalen Lager der Demokraten gegen die sozialen Medien-Giganten, auch kurz „Big Tech“ genannt, werden die unberechenbaren Tagträumer der so genannten „progressiven Linken“ der USA lange warten können. Denn die Big Tech – Chefs sind mit den Eliten um Präsident Biden eng verfilzt. Da kommt eher Hilfe aus dem Lager der Republikaner, die aktuell gegen Big Tech schwere Geschütze auffahren, vorerst allerdings nur im Bundesstaat Florida.

### **100.000 Dollar Strafe täglich.**

Der Republikanische Gouverneur des Bundesstaates Florida, Ron DeSantis [hat am 2. Februar mutige Maßnahmen ergriffen](#) (6), um Big Tech in die Schranken zu weisen. Unter anderem hat er mehrere Maßnahmen angekündigt, um der weit verbreiteten Zensur von Konservativen durch Big Tech entgegenzuwirken und den freien Informationsaustausch zu fördern. Bei Zuwiderhandlung drohen den jeweiligen „sozialen“ Medienkonzernen 100.000 Dollar Strafe täglich.

Zu diesen Maßnahmen gehören im Einzelnen:

1. Obligatorische Opt-outs von Content-Filtern. Das würde den Big Tech Anbietern keine Rechtfertigung mehr zur Zensur von so genannten „Haß-Reden“ geben, um angeblich zarten Gemüter einer kleinen Minderheit von naiven Schneeflöckchen zu schützen.

Anstatt dass z.B. Facebook darüber entscheidet, welche Meldung richtig oder falsch ist, oder was eine „Hassrede“ ist oder nicht, soll der Benutzer in Florida in Zukunft darüber selbst entscheiden können, indem er Filterknöpfe anklickt wie z.B. „Hassrede blockieren“ oder „keine Fake News“. Zarte Gemüter würden dadurch in ihrer Unschuld geschützt, während andere auf Wunsch Zugang zum ungefilterten Inhalt haben.

Diese einfache Methode würde es den Benutzern und nicht den Zensoren und Algorithmen der Big Tech Konzerne überlassen, welche Inhalte der Nutzer sehen will. Zugleich würde dadurch die Entscheidung über den Informationsfluss in den sozialen Medien wieder demokratisiert.

Allerdings dürfte es für Florida als einzelner Bundesstaat sehr schwer werden, Big Tech zu dieser, wenn auch kleinen, technischen Änderung zu zwingen. Wenn sich jedoch die anderen republikanisch regierten Bundesstaaten Florida anschließen, könnte es machbar sein.

2. Im Fall der Löschung eines privaten Social Media Kontos wird es in Florida in Zukunft ein privates Klagerecht für die Bürger gegen die Big Tech Unternehmen geben.
3. Geldstrafen von 100.000 US-Dollar pro Tag sind vorgesehen, wenn Big-Tech-Unternehmen die Wahl-Plattformen von Kandidaten für ein politisches Amt in Florida canceln.
4. Weiter sind tägliche Geldstrafen für jedes Big-Tech-Unternehmen vorgesehen, das nutzerbezogene Inhalte und Algorithmen verwendet, um den Zugriff zugunsten eines politischen Kandidaten oder einer Sache auf dem Stimmzettel unterdrückt oder priorisiert."
5. Zugleich werden die Transparenzanforderungen der Big- Tech-Unternehmen verstärkt, ebenso wie die Offenlegungspflichten gegenüber den Wahlbehörden, um zu verhindern, dass die Software einen Kandidaten gegenüber einem anderen bevorzugt.
6. Der Generalstaatsanwalt von Florida erhält die Macht, Klagen gegen Big-Tech-Unternehmen einzuleiten, die diese Bedingungen gemäß dem „Unfair and Deceptive Practices Act“ des Staates verletzen.

In seiner Rede unterstrich der Gouverneur von Florida zudem, dass das "was als eine Gruppe von aufstrebenden Unternehmen an der US-Westküste begonnen hatte, sich seitdem in eine Industrie aus monopolistischen Kommunikationsplattformen verwandelt hat, die den Informationsfluss in unserem Land und unter unseren Bürgern überwachen, beeinflussen und kontrollieren. Und sie tun dies in einem Ausmaß, das bisher unvorstellbar war", sagte DeSantis und fügte hinzu: "Diese Plattformen haben sich von neutralen Plattformen, die den Amerikanern die Freiheit der Kommunikation gegeben haben, zu Vollstreckern bevorzugter Narrative verändert. Folglich haben diese Plattformen eine immer entscheidendere Rolle bei Wahlen gespielt und sich negativ auf Amerikaner ausgewirkt, die die vom Big-Tech-Kartell favorisierten Orthodoxien ablehnen."

Sprecher des Repräsentantenhauses von Florida, Chris Sprowls, begrüßte diese Entscheidung und betonte: "Florida nimmt den virtuellen öffentlichen Platz zurück als Ort, an dem Informationen und Ideen frei fließen können. Wir fordern Transparenz von den großen Tech-Giganten!" Und der Senatspräsident Wilton Simpson erinnerte die Big Tech-Unternehmen an ihre „Pflicht, unterschiedliche Ansichten auf ihren öffentlichen Plattformen zuzulassen. Niemand sollte ausgeschlossen werden! Aber seien wir ehrlich, sie haben die Konservativen als Zielscheibe“ und das käme „einer politischen Zensur gleich“, so der Senatspräsident von Florida.

### Quellen:

1. <https://www.dailymail.co.uk/news/article-9113095/Rowan-Atkinson-blasts-social-media-blames-widening-divisions-society.html?fbclid=IwAR2OIB-atAyrJWBRcgQBPK4uSBQOisMocTZYi5e7TS4aoDwq6fl2WtfJiYs>
2. <https://labour.org.uk/press/labour-calls-for-emergency-legislation-to-stamp-out-dangerous-anti-vax-content/?fbclid=IwAR2EIENAGtD1uosBoCAMemJfxzIZICE69TCqBdnlenfXDMGY7SJP3dRrcOY>
3. [https://www.spiked-online.com/2021/01/28/cancelled-for-having-a-parler-account/?fbclid=IwAR1ZK\\_r95BPWnpEL4CgevCHtJQMn6027rJIQ9KlpWwO8KmogWLXbFzS05CA](https://www.spiked-online.com/2021/01/28/cancelled-for-having-a-parler-account/?fbclid=IwAR1ZK_r95BPWnpEL4CgevCHtJQMn6027rJIQ9KlpWwO8KmogWLXbFzS05CA)
4. <https://swp.org.uk/press-release-facebook-shuts-down-major-left-wing-group-in-britain/>
5. <https://www.wsws.org/en/articles/2021/01/25/pers-j25.html>
6. <https://www.zerohedge.com/political/florida-gov-cracks-down-big-tech-lets-residents-sue-over-censorship-100k-daily-fine>

+++

*Danke an den Autor für das Recht zur Veröffentlichung des Beitrags.*

+++

Bildquelle: [Zenza Flarini](#)/ shutterstock

+++



*KenFM bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Meinungsartikel und Gastbeiträge müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.*

+++

*KenFM jetzt auch als kostenlose App für Android- und iOS-Geräte verfügbar! Über unsere Homepage kommt Ihr zu den Stores von Apple und Google. Hier der Link: <https://kenfm.de/kenfm-app/>*

+++

*Abonniere jetzt den KenFM-Newsletter: <https://kenfm.de/newsletter/>*

+++

*Jetzt KenFM unterstützen: <https://www.patreon.com/KenFMde>*

+++

*Dir gefällt unser Programm? Informationen zu weiteren Unterstützungsmöglichkeiten hier: <https://kenfm.de/support/kenfm-unterstuetzen/>*

+++

*Jetzt kannst Du uns auch mit Bitcoins unterstützen.*



**BitCoin Adresse:** *18FpEnH1Dh83GXXGpRNqSoW5TL1z1PZgZK*